# Gesetz = Sammlung

für die

## Königlichen Preußischen Staaten.

### Nr. 21.

Inhalt: Geset, betreffend Aenderung ber Borschriften über die Kompetenzkonstitte zwischen den Gerichten und ben Verwaltungsbehörden, S. 145. — Berfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Camberg, Idstein, Rüdesheim, Usingen und Wiesdaden, S. 146. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Viedenkopf, S. 147.

(Nr. 10353.) Geset, betreffend Aenderung der Borschriften über die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und ben Verwaltungsbehörden. Vom 22. Mai 1902.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

#### Artifel 1.

Die Verordnung, betreffend die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden, vom 1. August 1879 (Gesetz-Samml. S. 573) wird dahin geändert:

I. Der S. 4 Albs. 2 erhält folgenden Zusat:

Das Gleiche gilt, wenn ein mit der Nevision ansechtbares Urtheil des Gerichts ergangen ist.

II. Der S. 21 erhält folgenden Abs. 5:

Diese Vorschriften finden keine Anwendung, wenn die Unzuständigkeit der Gerichte von dem Neichsgericht ausgesprochen ift.

#### Artifel 2.

Hat in einer Sache ber Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte auf Grund des S. 4 oder des S. 21 der Verordnung vom 1. August 1879 den Rechtsweg für zulässig erklärt, so ist die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden oder der Verwaltungsgerichte ausgeschlossen.

Gefet . Samml. 1902. (Nr. 10353-10355.)

#### Artifel 3.

Hat in einer Sache das Neichsgericht die Unzulässigkeit des Nechtswegs ausgesprochen, so können die Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichte sich nicht deshalb für unzuständig erklären, weil sie den Nechtsweg für zulässig erachten.

Hatten vor der Entscheidung des Neichsgerichts die Verwaltungsbehörben oder Verwaltungsgerichte sich aus dem bezeichneten Grunde endgültig für unzuständig erklärt, so hat auf Antrag einer bei der Sache betheiligten Partei diesenige Instanz, von welcher die Unzuständigkeit endgültig ausgesprochen worden ist, die frühere Entscheidung aufzuheben und nach Maßgabe der Vorschrift des Abs. I anderweitige Entscheidung zu treffen; die Sache kann zur anderweitigen Entscheidung an eine Vorinstanz zurückverwiesen werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Beste Lothringen bei Met, den 22. Mai 1902.

## (L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Bülow. v. Thielen. Schönstedt. v. Goßler. Gr. v. Posadowsky. v. Tirpit. Studt. Frhr. v. Rheinbaben. v. Podbielski. Frhr. v. Hammerstein. Möller.

(Nr. 10354.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Camberg, Ibstein, Rüdesheim, Usingen und Wiesbaden. Vom 2. Juni 1902.

Uuf Grund des Artikels 15 der Verordnung, betreffend die Anlegung der Grundbücher im Gebiete des vormaligen Herzogthums Nassau, vom 11. Dezember 1899 (Gesetz-Samml. S. 595) bestimmt der Justizminister, daß die zur Ammeldung von Rechten behufs Eintragung in das Grundbuch vorgeschriebene Ausschlußfrist von sechs Monaten

für die zum Bezirke des Amtsgerichts Camberg gehörige Gemeinde Oberfelters,

für die zum Bezirke des Amtsgerichts Idstein gehörige Gemeinde Stein-

für die zum Bezirke des Amtsgerichts Rüdesheim gehörige Gemeinde Presberg, für die zum Bezirke des Amtsgerichts Ufingen gehörige Gemeinde Neu-

für die zum Bezirke des Amtsgerichts Wiesbaden gehörige Gemeinde Kloppenheim

am 1. Juli 1902 beginnen soll.

Berlin, den 2. Juni 1902.

Der Justizminister.
Schönstedt.

(Nr. 10355.) Verfügung des Juftizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirfes des Amtsgerichts Biedenkopf. Vom 2. Juni 1902.

Unf Grund des S. 39 des Gesetzes, betreffend das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt sowie den vormals Großherzoglich Hessischen und Landsgräslich Hessischen Gebietstheilen der Provinz Hessenschung, vom 19. August 1895 (Gesetz-Samml. S. 481) und des Artikels 5 der Verordnung, betreffend das Grundbuchwesen, vom 13. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 519) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behuß Eintragung in das Grundbuch vorgeschriebene Ausschlußfrist von sechs Monaten

für den zum Bezirke des Amtsgerichts Biedenkopf gehörigen Gemeindebezirk Elmshausen

am 1. Juli 1902 beginnen foll.

Berlin, den 2. Juni 1902.

Der Justizminister. Schönstedt.

Redigirt im Bureau bes Staatsministeriums. Berlin, gebruckt in ber Reichsbruckerei. für die gum Reiche des Bursgerüchte Alianen gehörlige Etwards Line für die zum Reicher des Photograffen Abierlinden gehörige Gergeinde Aloppenheim

Der Junigminister.

(No. 19255.) Beisthaung bes Juftlaufulters, betreffens die Aufenung bes Grundlucks sie sie

Luf Gund dest S. 39 des Gefehes, betreffend das Grundbuchwesen und die Inmospolitärsetung in des understalliche Vernägen im Gebied der vernährteiten Stadt Krantfurt sowie den Vernägen im Gebied der vernähren Stadt Krantfurt sowie den Vernägen Gruhderzoglich Schießtein und Land gründlich Selpschen Gediesklichen der Nierbeite der Nierbeite und Li. August 1808 Grundbuchen, von 18. November 1809 (Geich Sammt. E. 579) derfinnt zur Jungbluchmitzung der Aberdanung der Stadtung der Sammt. E. 579) bestienest der Judgereitschliche Gieberge Geschaften Gertragung der Aufgereitschlicher Gintengen in der Germadung von sein Reine Monaren

file den zinne Werieke des Annkögerichts Liedenköpf gehörigen Geneinder Keniek Eksiek Eliasbanden

> nn i Juli 1902 beginnen folk. Burlin, ben 3. Juni 1902,

Der Innklaumilier. Seinender

Anning The line to the second of the posts.

Anning The line to the second of the posts of the second of the secon